Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“
erscheint wochentägl. zweimal, Sonntags einmal. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürstenten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur p. Kreuzband durch d. Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei d. Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47 sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; Petersburgerstr. 2; Kaiserstr. 20; Rixdorf, Kanzlerstr. 12; Wedding, Gerichtstr. 14; Schöneberg, Feurigstr. 12; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Prinz Handjerstr. 83/84.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ u. „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Wochenblatt „U.L.K.“, die kaufmännische Montags-Ausg. „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, der illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezog. vierteljährlich 6 M., Ausland exkl. Postaufschlag; für Berlin bei tägl. zweimal. Zustell. monatl. 2 M., vierteljährl. 6 M. Direkt unter Kreuzbd. vierteljährl.: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inserates Zeile 60 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werd. i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/47, sowie der Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstraße 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Gr. Frankfurterstraße 33; Charlottenburg, Kantstr. 34; Rixdorf, Pr. Handjerstr. 83/84. angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 374
35. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Donnerstag
26. Juli 1906

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 60.

Lebensüberdruss bei den Nationalliberalen?

Ihering, der geistvolle Interpret der römischen Rechtsgeschichte, hat die neuen, großen, bleibenden Ideen die „Sonnenaufgänge in der Menschheitsgeschichte“ genannt, die allein die Geschlechter zu begeisterter Bewunderung emporzuheben vermögen. Wenn man das wieder einmal liest und das schöne Wort auf unsere Zeit anzuwenden versucht, dann muß man freilich beinahe zu der Ueberzeugung kommen, als hätten wir nicht nur nun schon seit einigen Jahrzehnten keinen rechten Sonnenaufgang mehr gehabt, als hätten wir auch die Höhe des Mittags bereits überschritten und näherten uns bedenklich der sinkenden Sonne. Wo sind die politischen Ideale unserer Väter geblieben, wo insbesondere die Ideale unserer politischen Parteien? Mit viel größerem Recht, als es seinerzeit Bismarck getan, könnte man heute den Vorwurf aussprechen, daß die Parteileidenschaft allgemach mächtiger geworden ist als der Gemeinsinn. Zumal wenn man einen Rückblick wirft auf die eben wieder überstandenen Nachwahlen zum deutschen Reichstag, muß man zu dem Eindruck kommen, als habe der Mandatshunger einzelner Parteien recht bedenkliche Blüten gezeitigt, als habe die „Taktik“ alle anderen Rücksichten überwuchert. Ein Glück nur, daß die Massen, mit denen doch schließlich jede Partei zu rechnen hat, mit der Zeit wenigstens so weit politisch reif zu werden scheinen, daß sie unter gewissen Umständen ihren bisherigen Führern, wenn sie auf Irr- und Abwege geraten, einfach die Gefolgschaft verweigern.

Das haben eben jetzt wieder in eindrucksvollem Maße die Nationalliberalen erfahren müssen. Bei den Nachwahlen der letzten Wochen haben sie erschreckend schlecht abgeschnitten. In Altena-Iserlohn, in Hagen-Schwelm, in Rinteln-Hofgeismar haben sie nicht nur Schlappen erlitten, sie sind buchstäblich dezimiert worden. In Rinteln-Hofgeismar hat sich ihre Stimmenzahl von 2154 im Jahre 1903 auf rund 1200 vermindert, und das in einem Wahlkreise, der von 1867 bis 1890 nationalliberal vertreten war, und in dem die Partei noch 1890 fast 5000 Stimmen hatte aufbringen können. Wenn man zum Schaden noch den Spott fügen wollte, dann könnte man daran erinnern, daß noch vor 14 Tagen die Nationalliberalen bestimmt in die Stichwahl zu kommen hofften und sich weidlich lustig machten über die nach ihrer Meinung lächerlich aussichtslose Werbearbeit des freisinnigen Kandidaten und des kleinen Häufleins seiner Anhänger. Und nun hat der Freisinnige nur rund 100 Stimmen weniger erhalten als der Nationalliberale!

Im Vergleich fast ebenso schlimm sind, worauf ja an dieser Stelle schon mehrfach hingewiesen worden ist, die nationalliberalen Niederlagen in Iserlohn und Hagen. Dort ein Rückgang von rund 7700 auf rund 6700, hier bei 4500 Stimmen ein Rückgang um mehr als 1200. Es hieße zu den alten Fehlern einen neuen, und zwar den schlimmsten hinzufügen, wollten die Nationalliberalen gegenüber diesen bedenklichen Einbußen die Augen verschließen. Zunächst wird es sich fragen müssen, ob die von den Nationalliberalen noch immer und in der letzten Zeit sogar besonders hartnäckig verfolgte Taktik richtig und zweckmäßig ist, überall eigene Kandidaten aufzustellen, selbst da, wo sich ihnen geringe oder gar keine Aussichten eröffnen, selbst da, wo sie damit andere, aussichtsvollere liberale Kandidaturen gefährden. Wir sind durchaus mit der „Nordd. Allg. Ztg.“ einverstanden, die in solcher Zersplitterung eine ernste Gefahr für die bürgerlichen Parteien erblickt, wenn wir auch für noch größer die Gefahr halten, die daraus speziell für den Liberalismus erwächst, und wenn wir auch selbstverständlich aus der offiziösen Mahnung nicht die Konsequenzen ziehen, die man in Hagen-Schwelm in Gestalt eines klerikal-nationalliberal-antisemitischen Bündnisses gegen Freisinn und Sozialdemokratie zu ziehen versucht hat. Selbst wenn man den schönen Gedanken der neuen „großen liberalen Partei“ als unausführbar von der Hand weist, muß man wenigstens eine Verständigung nach dem Muster der ostpreußischen Liberalen propagieren: Respektierung des gegenseitigen Besitzstandes und wechselseitiger Verzicht auf aussichtslose Sonderkandidaturen zugunsten einer gemeinsamen liberalen Kandidatur.

Aber noch andere, weit wichtigere Lehren wird die nationalliberale Partei aus den Ergebnissen der letzten Wahlen ziehen müssen, wenn anders ihr Leben ihr noch lieb ist. Als das Berliner Zentrumsorgan seinen Lesern das stolze Resultat der Hauptwahl in Altena-Iserlohn — Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie — verkündete, da triumphierte es, der ultramontane Stimmenzuwachs sei „die Quittung“ der Wähler auf das Verhalten des Zentrums in den Fragen der Flotten-, der Steuer- und der Schulpolitik. Wenn die Nationalliberalen ehrlich sind, so werden sie jenes Wort auch für sich selbst zutreffend finden: auch sie haben die „Quittung“ ihrer Wähler erhalten und dürfen sich jetzt wie die armen Sünder vor die Brust schlagen: Mea culpa, mea maxima culpa! Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die haufenweise Desertion nationalliberaler Wähler die Antwort ist auf das „Verdienst“, das sich die Reichstagsfraktion um die neuen Steuern erworben hat. Die Nationalliberalen sind die wahren Väter dieser neuen Steuern. Die tief einschneidenden Verteuerungen von Lebens-, Genuß- und Verkehrsmitteln haben aber in den Volksmassen eine Erbitterung hervorgerufen, die offenbar weit größer ist, als man sich „oben“ — und zu den oberen, weltfremden Regionen gehört, wie es scheint, nachgerade auch die Mehrheit des Deutschen Reichstages — träumen läßt. Kein Wunder, daß die Nationalliberalen die Rechnung bezahlen müssen! Und ebenso konnte die Schulpolitik der nationalliberalen Landtagsfraktion ihre werbende Kraft für die Gegner der Nationalliberalen nicht verhehlen. Tragen doch auch hier wieder die Nationalliberalen die Hauptverantwortung für das Zustandekommen dieses schulfeindlichen Gesetzes, sind sie es doch gewesen, die dem üblen Gesetz sogar noch über alle verfassungsrechtlichen Bedenken hinweg die Bahn geebnet haben.

Natürlich wird sich der Rückschlag nicht auf die paar Wahlkreise beschränken, in denen jetzt die Wählerschaft zum Wort gekommen ist. Wir glauben, man unterschätzt das Gedächtnis unserer Reichstagswähler, wenn man annimmt, bis zu den Neuwahlen von 1908 würden die nationalliberalen Großtaten von 1906 vergessen sein. Nun scheint man sich solchen Befürchtungen auch in den eigenen Reihen der Nationalliberalen hinzugeben, und diese Angst — und das ist das Unglaublichste an der Entwickelung der Dinge — ist auscheinend im Begriff, die Nationalliberalen in die hilfsbereit geöffneten schützenden Arme des Zentrums zu treiben, unter den Schirm eines Baumes, in dessen Schatten man sich ja auch in der verflossenen Parlamentskampagne schon so wohl gefühlt hat, als man, wie das jetzt von der Zentrumspresse ganz offen zugegeben wird, mit Hilfe des famosen Kompromisses für die klerikale und feudale Reaktion die Kastanien aus dem Feuer holte. Daß der Verdacht einer sich langsam vollziehenden Annäherung zwischen Nationalliberalen und Zentrum mehr als eine sommerliche Phantasie ist, geht unter anderem daraus hervor, daß schon im vorigen Jahre der Parteisekretär der nationalliberalen Partei Rheinlands, Dr. Johannes, in seinem Werkchen „Liberalismus und Sozialdemokratie; ein Beitrag zu der Frage der Großliberalen Partei“ auf Seite 6 sagte:

„Man täte dem Zentrum unrecht, wenn man glaubte, daß der die Inkarnation der Unduldsamkeit darstellende Syllabus ihm anders als ein Pfahl im Fleische behagte. Es ist unzweifelhaft moderner geworden, aber nicht modern, und es wird ja immer hinter der Zeit her hinken ..... Gewisse Zentrumsorgane bezeichnet man in den eigenen Reihen als zu liberal, das heißt liberaler Gesinnung verdächtig, und die Affäre Oertling-Heim zeigt deutlich, daß der Liberalismus sogar in dem bayerischen Zentrum marschiert.“

Das ist der Boden, auf dem der Mumm-Moldenhauersche Kartellierungsversuch in Hagen-Schwelm wachsen konnte. Aber auch Zentrumsstimmen finden sich bereits, die auf ein Zusammengehen hinarbeiten. So wurden in Hagen-Schwelm gleich zu Beginn des Wahlkampfes die Nationalliberalen vom Zentrum aufgefordert, einen Kandidaten von der Richtung Bassermanns zu präsentieren, alsdann würde das Zentrum schon im ersten Wahlgange für den Nationalliberalen stimmen, damit anstatt des freisinnigen der nationalliberale Kandidat in die Stichwahl käme, und die „Köln. Volkszeitung“ äußerte sich zur Stichwahl in Altena-Iserlohn in ihrer Nr. 600 folgendermaßen:

„Es muß hervorgehoben werden, daß die nationalliberale Partei im Wahlkreise Altena-Iserlohn im großen und ganzen der Parole ihrer Parteileitung gefolgt und zum weitaus größten Teil für den Zentrumskandidaten gestimmt hat, daß dagegen von den Freisinnigen nur ein ganz kleiner Teil für Klocke eingetreten ist, ein weiterer Bruchteil sich der Wahl enthalten, und das Gros endlich geschlossen für den Sozialdemokraten gestimmt hat. Die Nationalliberalen im hiesigen Bezirk sind überhaupt, von einigen Ausnahmen abgesehen, besonnene, in politischen wie auch in kirchen- und schulpolitischen Fragen gemäßigte Leute, mit denen sich auskommen läßt.“

Ein solches Lob aus klerikalem Munde müßte den Nationalliberalen zu denken geben, sie dringend zur Einkehr und Umkehr mahnen. Haben die Nationalliberalen denn ganz vergessen, daß einst ein Bennigsen in ihren Reihen saß, daß sie einen Treitschke zu den Ihren zählen durften?! Quos deus perdere vult, dementat prius! Wir können uns nicht denken, daß der liebe Gott den nationalliberalen Liberalismus schon jetzt derart mit Blindheit geschlagen hat, daß er auf einem Wege weiterschreitet, auf dem seine eigenen angesehensten Organe Warnungstafeln aufzurichten beginnen, daß er auf die „Leimrute“ geht, wie es die angesehenste und größte nationalliberale Zeitung genannt hat. Wir können uns nicht denken, daß die Nationalliberalen um höchst zweifelhafter taktischen Erfolge willen ihre liberale Vergangenheit und ihre liberalen Ideale verraten und das widernatürliche Bündnis mit den Schwarzen eingehen werden. Es müßte denn sein, die Nationalliberalen sähen ihre geschichtliche Mission als erfüllt an und wollten, des Lebens müde, Harakiri üben.

---

* In einem Privatbrief des Abgeordneten **Erzberger**, den die „Konstanzer Nachrichten“ zur Abwehr der mannigfachen gegen Erzberger gerichteten Angriffe veröffentlichen, kündigt Erzberger **neue Enthüllungen** an. Er schreibt:

„Daß ich die Schutztruppe je insgesamt beleidigt haben soll, ist eine Unwahrheit; ich habe einen Brief von General v. Trotha, in welchem er mir den Dank für meine Verteidigung der Truppe ausspricht. Aber daß Mißstände eingerissen sind, hat Erbprinz v. Hohenlohe in der Budgetkommission zugegeben; er versprach auch, den Alkoholzoll wieder einzuführen. Gegen die internationale Dirnenpest geht man (jetzt) mit Ausweisung vor. Daß das Rechnungswesen total zusammengebrochen ist, hat mir selbst Erbprinz Hohenlohe wie Unterstaatssekretär Dwele gesagt. Das ist mir unbegreiflich, wie man etwas unter vier Augen zugibt, was in der Oeffentlichkeit bestritten wird. Nun soll ja ein Strafantrag gestellt sein; gut, da werde ich als Zeuge einmal gründlich auspacken und nun auch alles erzählen, was mir mitgeteilt worden ist. Man wird dann staunen, wie es tatsächlich in Südwestafrika aussieht. Was hier an Geld vergeudet worden ist, übersteigt alle Begriffe.“

Das sind ja schöne Aussichten!

Bei dieser Gelegenheit sei zu dem dem Abgeordneten Erzberger angedrohten Zeugniszwangsverfahren und zu der Haussuchung im Reichstage daran erinnert, daß es bereits einen Präzedenzfall gibt, der den Reichstag zu einem Protest veranlaßt hat. Als die Staatsanwaltschaft und das Amtsgericht Flensburg unter dem Rubrum wider „Unbekannt“ gegen den jetzt verstorbenen Abgeordneten Jessen eine Durchsuchung usw. veranlaßte, beschloß der Reichstag am 30. Mai 1905 einstimmig:

Der Reichstag erblickt in dem auf Antrag der Staatsanwaltschaft gefaßten Beschluß des königlichen Amtsgerichts zu Flensburg vom 1. März 1904, durch welchen „in der Strafsache gegen den Redakteur der Zeitung „Flensborg Avis“, Jens Jessen in Flensburg die Beschlagnahme des Manuskripts zum Artikel „Det Skandale paa Grasten“ in Nummer 273 der Zeitung „Flensborg Avis“ vom 22. November 1903 sowie die Durchsuchung der Geschäfts- und Redaktionsräume dieser Zeitung zwecks Beschaffung von Beweismitteln zur Ermittelung des Verfassers des genannten Artikels „angeordnet“ worden ist, eine gegen den Reichstagsabgeordneten Jessen gerichtete Strafuntersuchung, welche ohne Genehmigung des Reichstages erfolgte und daher einen Verstoß gegen Artikel 31 der Reichsverfassung darstellt.“

Daß trotz dieses einstimmigen Beschlusses des Parlamentes ein neuer, noch schlimmerer Eingriff in die Immunität geschehen konnte, ist ein unerhörter Fall. Hat der Reichskanzler in Norderney oder sein Stellvertreter in Berlin von den Vorgängen noch nichts erfahren? Billigen die Herren diese Brüskierung des Reichstages? Wenn nicht, wo bleibt die Rektifizierung des Uebergriffes?

---

* Nachdem die jüngste Krankenkassenstatistik veröffentlicht ist, ist es möglich, die Höhe des **Arbeiterversicherungsvermögens** für einen bestimmten Zeitpunkt ganz genau anzugeben. Es ist dies der 1. Januar 1905, bis zu dem die letzte krankenkassenstatistische Veröffentlichung reicht. Die „B. P. N.“ machen darüber folgende Angaben:

Am 1. Januar 1905 betrug der Ueberschuß der Aktiva über die Passiva bei den Krankenkassen 190,9 Millionen Mark. Bedenkt man, daß der Ueberschuß im Jahre 1888 erst 59,9 Millionen ausmachte, so wird man sich ein Bild von der inzwischen erfolgten Ansammlungstätigkeit der Krankenkassen machen können. Die Berufsgenossenschaften hatten mit ihren Reservefonds am Ende 1904 die Krankenkassen bereits überholt, was hauptsächlich dem Umstande zuzuschreiben ist, daß die neuen Unfallversicherungsgesetze eine Erhöhung des Reservefonds vorgeschrieben haben. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften besaßen zusammen 186,7, die landwirtschaftlichen 10,4 Millionen Mark, wozu noch 1,2 Millionen Mark bei den Provinzial- und Kommunalausführungsbehörden traten. Für die Unfallversicherung war somit ein Vermögen von 198,3 Millionen Mark festgelegt. Die Invalidenversicherungsanstalten besaßen zu dem genannten Zeitpunkt ein weit größeres Vermögen als Krankenkassen und Berufsgenossenschaften zusammen, sie verfügten über 1160,4 Millionen Mark. Daß sie so bedeutende Beträge ansammeln mußten, liegt daran, daß, während bei der Unfallversicherung das Umlageverfahren gewählt ist, für die Invalidenversicherung das Kapitaldeckungsverfahren eingeführt ist. Die staatliche Arbeiterversicherung hatte somit schon Ende 1904 ein Vermögen von über 1½ Milliarden Mark festgelegt.

Inzwischen hat sich, wie aus dem Berichte des Reichsversicherungsamtes über seine Tätigkeit während des Jahres 1905 hervorgeht, diese Summe noch weiter beträchtlich erhöht. Man kann auch, da sich das Vermögen der Krankenkassen jährlich um etwa 10, das der Berufsgenossenschaften um etwa 15 und das der Invalidenversicherungsanstalten um etwa 75 Millionen Mark steigert, mit ziemlicher Sicherheit voraussagen, wann die zweite Milliarde erreicht sein wird.

---

* Man schreibt uns: Es zeigt sich immer mehr, welch nachteilige Folgen für die Grenzbezirke mit der **neuen Automobilsteuer** verknüpft sind. Schon nach der kurzen Zeit des Inkrafttretens dieser Steuer werden lebhafte Klagen laut über die außerordentliche Erschwerung und Verteuerung des Grenzverkehrs. Ueber die Wirkungen auf den Verkehr zwischen Elsaß-Lothringen und Frankreich haben Sie bereits vor einiger Zeit berichtet. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Belgien und Holland. Es ist da-